

INHALT

SEITE 2

- **Steigende Energiekosten – Unterstützung auch für Geringverdienende möglich**
- **Moratorium Energiesperren Strom- und Gassperren gehören verboten**
- **Gebäudemanagement Wuppertal Wichtige Bauprojekte weit in die Zukunft verschoben**
- **Wohnen ist ein Menschenrecht**
- **„Tiny-Forest“ am Döppersberg?! Ja bitte!**

SEITE 3

- **Veränderung im Verwaltungsvorstand Stadtspitze wird unnötig aufgebläht**
- **Lang hat es gedauert und ist noch lange nicht fertig ... Sitzgelegenheiten in der Elberfelder Innenstadt**
- **Ein alter Traum: Barrierefrei in die Südstadt**
- **DIE LINKE im Rat fordert auskömmliche und nachhaltige Finanzierung des ÖPNV**

SEITE 4

- **Gartenschauen sind ein unkalkulierbares Finanzrisiko**

DIE LINKE.
im Rat

der Stadt
Wuppertal

Impressum:
Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal, Rathaus, Zimmer 312, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Susanne Herhaus, Kai Merkel, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 7. November 2022
Druck: Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH
Auflage: 170.000 – Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Städtischer Haushalt unter Druck

Der Haushaltsplanentwurf für 2022/23 geplatzt

Die Haushaltsberatungen für die Jahre 2022/23 gestalteten sich so schwierig wie noch nie.

Der Entwurf wurde bereits im Herbst des vergangenen Jahres eingebracht. Wegen steigender Energiekosten musste der Entwurf aber angepasst werden. Das Gebäudemanagement Wuppertal (GMW) meldete Kostensteigerungen von 14 Mio. Euro an. Dies geschah noch vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine.

Es wurde absehbar, dass es einen Doppelhaushalt, wie in all den Jahren zuvor, nicht geben würde. Zu unsicher sind die zukünftigen Kosten- und Einnahmentwicklungen. So wurde dann in der September-Ratssitzung nur der Haushaltsplan für das laufende Jahr abgestimmt.

Für das Jahr 2023 wird nun ein neuer Haushaltsplanentwurf Ende des Jahres dem Rat vorgestellt.

Haushalt 2022

Finanznot spitzt sich zu

Für Deutschland, Nordrhein-Westfalen und damit auch für Wuppertal braut sich in diesem Jahr das zusammen, was man einen perfekten Sturm nennt.

Die soziale Spaltung in der Stadt steigt. 17000 Menschen schuften nach wie vor im Niedriglohnsegment. Die Armutsquote ist von 2020 bis 2021 von 17,6 auf 18,7% gestiegen in NRW, im Regierungsbezirk Düsseldorf sogar auf 19%. Gleichzeitig steigt die Zahl der Millionäre in Wuppertal. Diese Entwicklung wird sich durch die Preisexplosion der Lebenshaltungskosten noch verschärfen.

Die ohnehin hohe Alters- und Kinderarmut in Wuppertal wird weiter zunehmen. Die Lebensqualität in der Stadt sinkt, wenn präventive Hilfsangebote, Unterstützung für Teilhabe an Sport und Kultur nicht hochgefahren werden.

In dieser Situation ist die Unterstützung der Träger der Freien Wohlfahrtspflege und der freien Kultur besonders wichtig.

Die Wohlfahrtsverbände, die einen guten Teil der sozialen Pflichtaufgaben in dieser Stadt tragen, die Freie Kulturszene und bürgerschaftliches Engagement vieler Ehrenamtler*innen z.B. für das Freibad Mirke dürfen nicht mit den Explodierenden Kosten alleingelassen werden.

Wenn das Gebäudemanagement Wuppertal (GMW) mit einer Steigerung der Energiekosten von plus 60% rechnet, wird das bei den Verbänden nicht anders sein. Daher unterstützen wir in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 die Anträge der Freien Wohlfahrtspflege und der freien Kulturszene.

Es gibt allerdings einen Wermutstropfen: Es handelt sich häufig um Einmalzahlungen, die die strukturellen Probleme nicht lösen werden. Angemessen wäre in der Regel eine jährliche Anhebung um 5%, damit die Verbände ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können.

Sonderhaushalte keine Lösung

Die Streichungen und Kürzungen der Vergangenheit haben trotz der Zuwendun-

gen aus dem Stärkungspakt den Haushalt der Stadt Wuppertal nicht sanieren können. Die annähernd 1000 Stellenstreichungen haben die Verwaltung gelähmt, sodass nicht wirklich geplant, Fördergelder nicht eingeworben und soziale Dienstleistungen nicht erbracht werden können.

Bereits in diesem zu Ende gehenden Jahr sind durch explodierende Energiepreise, Ukraine-Krieg, Pandemie, und Teuerungsrates, vor allem bei den Baumaßnahmen, Mehrkosten in Millionenhöhe entstanden.

Für die trägt kein Stadtrat die Verantwortung.

Die drohende Überschuldung der Stadt kann nur durch ein durchsichtiges Finanz-Manöver vermieden werden.

Die Mehrkosten für den Ukraine-Krieg, einschließlich der stark gestiegenen Energiekosten, sollen wie die der Pandemie, nicht durch reale Einnahmen gedeckt werden – sondern durch Kredite.

Diese Kredite werden in Sonderhaushalten isoliert und dadurch werden spätere Haushalte belastet werden.

Wir fragen: Sieht so das „wichtige“ Paket der Bundesregierung für die Kommunen aus?

Faktisch kaschiert diese Schuldenisolation nur den Bruch mit der Schuldenbremse, die doch landauf – landab als Grundrecht festgeschrieben wurde. Denn die großen Belastungen aus Corona-Pandemie und Ukrainekrieg erfordern echtes Geld und keine Bilanzkosmetik.

Die Schulden für Pandemie, Krieg und Energiekosten werden nicht durch Steuern für Einkommensstarke gedeckt, sondern als zinspflichtige Kredite in die Zukunft verschoben. Der haushaltspolitische Spielraum künftiger Stadträte wird so weiter eingeeengt. Die Finanznot der Stadt wird fortgeschrieben. DIE LINKE im Rat

fordert im Verein mit dem Bündnis für die Würde unserer Städte erneut einen Altschuldenfonds von der schwarz-grünen Landesregierung.

Die notwendigen Mehrinvestitionen für die Ersatzbauten, jetzt vornehm Module genannt, bedeuten fehlende Mittel an anderer Stelle.



Die Sache duldet keinen Aufschub.

Die Isolierung in Sonderhaushalten ist keine Lösung.

Kein Geld für wichtige Investitionen

Wegen der Finanznot der Stadt schiebt dieser Haushalt erneut wichtige Investitionen wie z.B. die Renovierung der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule in die ferne Zukunft. So etwas hat zwei Folgen: Die Preise für Bauleistungen werden steigen und der Verfall an Gebäuden, Treppen, Brücken wird fortschreiten. Damit wird in der Zukunft noch mehr Geld für die Sanierung erforderlich sein. Fehlentscheidungen wie der Abriss der alten PH als Ausweichquartier für Schulen kommen hinzu.



Aber für die BuGa

Die Ausgaben für die BUGA werden in 2022 erst moderat eingepreist: Eingestellt in den diesjährigen Haushalt sind 1,5 Mio. DIE LINKE lehnt diese Haushaltsposten ab. Wir erachten Investitionen an anderer Stelle für wichtiger.

Wir waren und wir sind mit dem Kämmerer der Meinung: Die BUGA ist für Wuppertal nicht finanzierbar.

Wichtige Information

Der Anspruch auf Übernahme der Neben- und Heizkostennachzahlung besteht auch für Menschen, die nicht über das Jobcenter oder Sozialamt Leistungen beziehen.

Darauf hat als erstes der Sozialhilfeverein Tacheles hingewiesen.

Der Anspruch besteht für einen Monat, wenn die Nachzahlung nicht durch eigenes Einkommen aufgebracht werden kann.

Menschen mit geringem Einkommen müssen dann im Monat der Fälligkeit der Nachzahlung einen SGBII/SGB XII-Antrag beim Jobcenter bzw. beim Sozialamt stellen. Auch wenn man noch nie Gelder bei diesen Ämtern bezogen hat.

Dieser Anspruch besteht auch für Rentner*innen. Für Studierende nur im Rahmen einer Härtefallregelung

Anträge zu Unterkunft und Heizkosten müssen binnen 14 Tagen bearbeitet werden.



Steigende Energiekosten – Unterstützung auch für Geringverdienende möglich

Steigende Lebenshaltungskosten und hohe Energiekosten im Besonderen bringen viele Menschen in bedrohliche finanzielle Notlagen.

Kostenübernahme von Neben- und Heizkostennachzahlung.

Dieser Anspruch auf finanzielle Unterstützung ist vielen Menschen mit geringem Einkommen noch unbekannt. Es ist die Aufgabe der Stadt, die Menschen auf dieses Recht hinzuweisen, auch wenn es, wie vom Jobcenter befürchtet, dort zu vermehrter Antragstellung kommen sollte.

Das Jobcenter teilte bereits mit, dass es nicht in der Lage sei, die erwarteten Anträge fristgerecht zu bearbeiten. Deshalb fordert DIE LINKE im Rat, dass die Bundesregierung schnell eine vereinfachte Antragstellung ermöglicht. Mitarbeiter*innen des Jobcenters würden entlastet und die Anspruchsberechtigten bekämen schneller die ihnen rechtlich zustehende notwendige finanzielle Entlastung.

Vereinfachte Antragstellung

Zusätzlich hat DIE LINKE im Rat bei den Chefs der Sozialverwaltung und dem Jobcenter nachgefragt, ob es dazu bereits neue Ergebnisse gibt. Das Jobcenter teilte daraufhin mit, dass ein mit dem Land NRW abgestimmter Kurzantrag für eine vereinfachte Antragstellung vorliege. Leider ist der Kurzantrag noch nicht auf der Website des Jobcenters abrufbar. Für Anträge an das Sozialamt brauche es keinen Kurzantrag, denn dort seien die Anträge einfacher gehalten, teilt die Verwaltung mit. Bei dem Rechtsanspruch auf Kostenerstattung kann es um mehrere hundert Euro gehen und der Rechtsanspruch sollte in Anspruch genommen werden

Angesichts stark steigender Energiekosten starten Tacheles e.V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband am Montag, den 7.11.2022 die bundesweite Kampagne „Energie-Hilfe“, mit der Menschen über ihre Rechte auf behördliche Übernahme von Energiekosten aufgeklärt werden. Im Zentrum der Kampagne steht die Webseite www.energie-hilfe.org, die Betroffene hoher Energiekosten umfangreich über ihre sozialrechtlichen Ansprüche informiert und Musteranträge zur Verfügung stellt.

Gebäudemanagement Wuppertal

Wichtige Bauprojekte weit in die Zukunft verschoben

DIE LINKE im Rat fühlt sich durch das nun vorgelegte externe Gutachten zum Finanzbedarf für städtische Bauprojekte (zusätzlich 100 Millionen Euro) voll umfänglich bestätigt. Die Stadtspitze selbst gibt nun die Gründe an, die auch in anderen Städten zum Ausstieg aus teuren Renommier-Projekten wie den Gartenschauen führen: Inflation, Konjunktur, Folgen des Ukrainekrieges, steigende Zinsen. Hier, beim Gebäudemanagement, lässt sich das berechnen, bei den BUGA-Verträgen hat man „in Kenntnis der Rahmenbedingungen verhandelt“, also sich darüber hinweggesetzt.

Das Gutachten des Externen Beratungsunternehmens zeigt zwei Dinge mit aller Brutalität:

Wuppertal kann sich keine BUGA leisten.

Die GroKo+ hat keinen Plan, wie sie die BUGA und gleichzeitig die nötigen Bauaufwendungen finanzieren will.



→ Am 7.11.2019 wurde es laut vor dem Rathaus: Der „Else“ reicht es! Sanierung jetzt!

In der Konsequenz ist die Verwaltungsspitze bereit, sich über die basalen Bedürfnisse, insbesondere über die Zukunft unserer Kinder hinwegzusetzen: Es kann nicht angehen, dass der Oberbürgermeister Schneidewind mit dem Segen der GroKo jetzt die Hände in den Schoß legt und der Stadtgesellschaft dazu rät, ich zitiere die WZ: „das Abflauen der Turbulenzen abzuwarten.“

Denn das bedeutet:

Erneut könnte die Else-Gesamtschule und viele andere Projekte, die die Ratsmehrheit gerade erst auf die Zeit nach 2026 verschoben hat, unter die Räder geraten. DIE LINKE wird den Widerstand dagegen unterstützen.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Manche sind sichtbar, andere bleiben unsichtbar: Menschen ohne Obdach und wohnungslose Menschen.

Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen.

Wichtig ist natürlich, dass Menschen, die in Gefahr sind ihre Wohnungen zu verlieren, frühzeitig geholfen werden kann. Dabei arbeiten die Stadt und Wohlfahrtsverbände eng zusammen.

Für Menschen, die aber bereits auf der Straße leben, wird es neben den Hilfsangeboten wie Notschlafstellen ein weiteres Projekt geben.

Housing First

Housing First ist ein Hilfsangebot für Menschen, die ihre Obdachlosigkeit hinter sich lassen wollen. Es ist ein weiterer Baustein im bestehenden Hilfesystem. In verschiedenen Städten existiert dieses Angebot. Vermieter*innen stellen Wohnungen zur Verfügung. Obdachlose Menschen können die Straße hinter sich lassen und ein offizielles Mietverhältnis eingehen.

Nun auch in Wuppertal auf den Weg gebracht

Im April dieses Jahres beauftragten die demokratischen Fraktionen im Rat die Ver-



waltung, die Voraussetzungen für Housing First zu prüfen. In diesem Projekt geht es ja darum, Vermieter zu finden, die ihre Wohnungen an obdach- und wohnungslose Menschen zu vermieten. Wäre dies in städtischen Immobilien möglich? Welche Voraussetzungen braucht es, Vermieter zu überzeugen?

Jetzt hat die Stadt ein Konzept vorgestellt. In einem Modellprojekt sollen für zwölf obdachlose Menschen eine Wohnung vermittelt und ihnen weitere Unterstützung angeboten werden. Dafür sollen 162.000 EUR im Haushalt für 2023 einge-

stellt werden. Darin sind Personalkosten für eine Ansprechpartner*in für die Vermieter*innen und Ausfallfonds für evtl. Schäden und Kosten enthalten. Der neue Haushalt wird aber erst im nächsten Jahr abgestimmt

Das Ehrenamt ist da schon weiter

Durch den Kauf zweier Wohnungen stellt der Verein „Chance! Wuppertal – vision:teilen“ diese Wohnungen dem Projekt zur Verfügung. Auch eine weitere Stiftung will sich beteiligen.

Das klingt nach einem guten Start.

Moratorium Energiesperren

Strom- und Gassperren gehören verboten

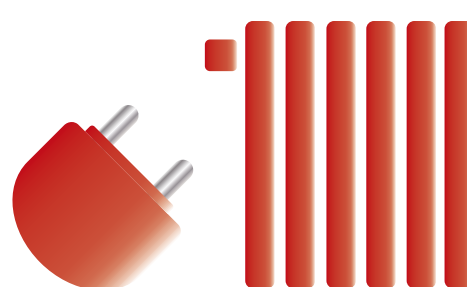
Von Ende März bis Juni 2020 wurden von den WSW Energie & Wasser AG keine Sperrandrohungen und Liefereinstellungen ausgesprochen. Dies geschah auf Grundlage eines pandemiebedingten gesetzlichen Moratoriums.

Ein solches Moratorium braucht es auch jetzt. Für diesen Winter, mindestens bis zum Ende der Heizperiode. Wenn nötig darüber hinaus. Dann bräuchten die Menschen keine Angst vor einer dunklen und kalten Wohnung zu haben.

Niemandem, der die jetzigen Energiepreise nicht zahlen kann, darf Strom und Gas abgesperrt werden. Dies fordert auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen.

Strom- und Gassperren bei Kund*innen der WSW

DIE LINKE im Rat fragt seit einigen Jahren immer wieder nach dem Ausmaß der Energiesperren in Wuppertal. So auch im August dieses Jahres. Dabei kam heraus, dass im Zeitraum von 2018 bis einschließlich 2021 durch die WSW 13170 Strom- und Gassperren durchgeführt wurden. Die Liefereinstellungen dauerten von einigen



Stunden und Tagen bei 186 Haushalten über 6 Monate. 153021 Kund*innen wurde in diesem Zeitraum wegen Zahlungsverzögerung eine Energiesperre angedroht.

Die Preise für Gas und Fernwärme und Strom steigen für die Verbraucher*innen immer weiter. Die Maßnahmen der Bundesregierung aus den Maßnahmenpaketen zur Entlastung der Verbraucher*innen werden nicht alles abfedern können.

Immer mehr Haushalte werden die hohen Preise nicht mehr zahlen können. Es wird für Menschen mit geringem Einkommen nicht möglich sein, vorausschauende Rücklagen anzulegen.

Es braucht neben allen notwendigen Tipps zur Energieeinsparung und Hilfsangeboten von WSW und Verbänden, einen Stopp der Energiesperren.

„Tiny-Forest“ am Döppersberg?!

Am 27.10. hat Frau Lintel von „Scape Landschaftsarchitekten“ im Stadtausschuss für Stadtentwicklung und Bauen, ihre Ideen für den Platz „Döppersberg-Ost“ vorgestellt.

Dabei handelt es sich um den kleinen Platz direkt hinter dem PRIMARK, gegenüber dem Parkhaus Döppersberg.

Vor Jahren hat sich der Stadtrat gedacht, man könnte dort Stellplätze für zusätzliche Taxis schaffen. Frau Lintel präsentierte insgesamt 4 Projekte. Die ersten 2 sahen zusätzliche Stellplätze für 8–10 Taxis vor und mehr oder weniger zusätzliche Begrünung des Platzes. Der dritte Vorschlag beinhaltete neben den Taxi-Stellplätzen noch ein „City-Gym“, d.h. Fitnessgeräte

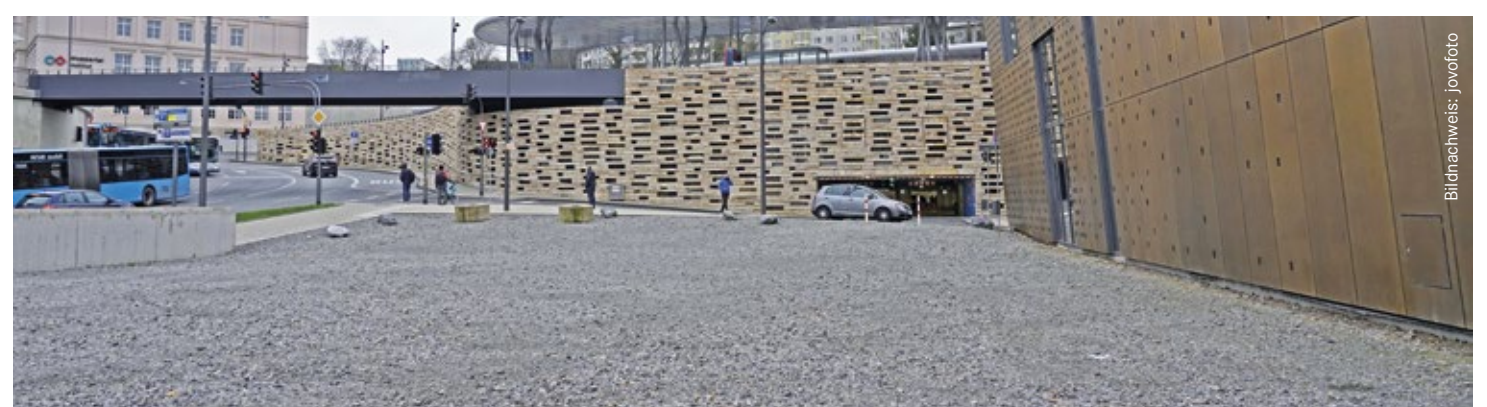
wie sie z.B. an der Nordbahntrasse zu finden sind. Der interessanteste Vorschlag wurde am Schluss vorgestellt und war das von der Architektin präferierte Projekt.

Die Taxi-Stellplätze waren in dieser Idee verschwunden. Stattdessen wurde ein „Tiny-Forest“ (Mini-Wald) vorgeschlagen. Ein kleiner grüner Park mit vielen Bäumen, Wiese und Sitzbänken. Er könnte den Bürgern Schatten und Erholung spenden, während sie z.B. auf ihren Zug oder Bus warten. Gleichzeitig könnte der Park einen Beitrag zum Thema „Schwammstadt“ leisten und den durch hauptsächlich Beton glänzenden Döppersberg auch optisch aufwerten.

Der Vorschlag „Tiny-Forest“ wurde unterschiedlich innerhalb der Fraktionen aufge-

nommen. In der CDU Fraktion wurde befürchtet, der Park könnte unerwünschte Bürger aus dem Wupperpark anlocken. Außerdem hätte sich der Stadtrat ja schon für die Taxistellplätze entschieden, die im Mini-Wald Projekt fehlten. Es wurde plädiert nur die ersten drei Projektideen weiter voranzutreiben. Anders sah es bei den Fraktionen SPD/Grüne/DIE LINKE aus, welche die Idee mit dem kleinen Wald toll fanden. Betont wurde auch, dass sich die Situation innerhalb der letzten Jahre geändert hatte und solche Parks wichtig für das Stadtklima sind.

Nach langer Diskussion wurde entschieden, die Stadt möge alle Ideen weiterverfolgen, ausdrücklich auch die mit dem „Tiny-Forest“.



Veränderung im Verwaltungsvorstand

Mit der Ratssitzung am 24. Oktober endete für den langjährigen Stadtdirektor und Kämmerer Johannes Slawig seine 24jährige Amtszeit.

Neuer Stadtdirektor und kommissarischer Kämmerer ist Stefan Kühn.

Eigentlich sollte Slawig noch einige Monate sein Amt weiterführen, um unter anderem den neuen Haushalt für das Jahr 2023 mit vorzubereiten. Doch dann hatte es sich Oberbürgermeister Uwe Schneidewind anders überlegt und auch die Bezirksregierung in Düsseldorf war gegen eine weitere Verlängerung, die beamtenrechtlich nicht vorgesehen sei.

Im September erhielt DIE LINKE Informationen zugespielt, die aufhorchen ließen. Danach sollen sich SPD, FDP und CDU nicht nur auf Zuständigkeiten der Beigeordneten und somit auf ein weiteres Dezernat, sondern auch bereits auf konkrete Personen aus dem Kreis der Stadtverordneten festgelegt haben.

Der Oberbürgermeister sprach sich aus finanziellen Gründen gegen ein weiteres Dezernat aus und wollte Geschäftsbereiche Slawigs, außer der Kämmerei seinem Arbeitsbereich angliedern. Dies sollte bis 2024 andauern, denn dann stehen neue Besetzungsentscheidungen im Verwaltungsvorstand an.

Die Ratsmehrheit von SPD, CDU und FDP sprach sich gegen diesen Kompromissvorschlag aus und setzte sich im Rat durch. Das zusätzliche Dezernat soll die Bereiche Personal, Wirtschaft und Digitales umfassen. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sollen zusammengelegt und vom Umweltdezernat getrennt werden.

Eine Findungskommission hat der Rat eingesetzt. DIE LINKE ist aufgrund der Größenverhältnisse der Fraktionen darin vertreten.

Stadtspitze wird unnötig aufgebläht

Die neue GroKo und ihre Hilfsfraktion FDP wollen das Ausscheiden des Kämmerers Dr. Slawig zum Anlass nehmen, den Verwaltungsvorstand zu ihren Gunsten umzubeseetzen.

Zwei Fraktionen, die noch bis vor kurzem die Zahl der Dezernate für ausreichend hielten, greifen nun nach einem lukrativen Posten für ihre Fraktion. Eine inhaltliche Debatte im Rat über den inhaltlichen Zuschnitt der Dezernate unterbleibt. DIE LINKE wurde zu dem Hinterzimmergesprächen nicht eingeladen.

Tatsächlich geht es darum, die neue GroKo aus SPD, CDU, FDP zu stabilisieren, den grünen Baudezernenten zu entmachten und den grünen Oberbürgermeister mit loyalen Kräften einzumauern. Damit schwindet eine der letzten Chancen, aus der BUGA doch noch ein Transformationsprojekt werden zu lassen.

Nach der vorletzten Kommunalwahl war die SPD um 1000 Stimmen stärker und beanspruchte einen weiteren Dezernatsposten. Leider fiel Herr Paschalis bei den eigenen Genossen in Ungnade. Aber seine Abwahl kostet die Stadtkasse lange Jahre Gehaltszahlung. Dagegen hat DIE LINKE scharf opponiert.

Dabei hat die Stadt nun wirklich andere Sorgen:

Woher soll das Geld für die Bauprojekte kommen (Else-Gesamtschule)?

Wie macht sich die Stadt fest gegen die Klima-Krise?

Woher bekommen wir zusätzliches Personal für die KiTas?

Nun wird nicht nur der Kämmerer (CDU) ersetzt, der in Pension gegangen ist. Jetzt wird im Dezernaten-Halma noch ein weiteres Hütchen ins Spiel gesetzt, um die

FDP zu befriedigen. Die Begründung lautet, wenn man die Zahl der Beigeordneten erhöht, werde die Verwaltung effektiver.

Können mit einem zusätzlichen Dezernenten mehr Kinder betreut werden?

Können Bauanträge schneller bearbeitet werden?

Fließt durch eine weitere Beigeordnete mehr Fördergeld nach Wuppertal?

Das ist nicht nur fadenscheinig, sondern ein durchsichtiges Manöver.

Viele Bürgerinnen und Bürger stimmen mit der LINKEN überein, diese Dezernatengelder könnten sinnvoller für mehr Stellen in der Fachverwaltung eingesetzt werden. Und dieser Meinung ist auch der Personalrat. Und den versuchte man, mit Pressemobbing unglaubwürdig zu machen.



Ein alter Traum: Barrierefrei in die Südstadt

In Sachen notwendiger Sanierung und sinnvoller Baumaßnahmen gibt es in dieser Stadt unendliche Geschichten. Eine davon der barrierefreie Zugang zur Südstadt. Die Pläne dafür sind schon alt und immer wieder gibt es Momente, in denen tatsächlich etwas geschehen könnte.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf des historischen Bahnhofgebäudes am Döppersberg, sowie der Nebengebäude wurden sowohl Pläne des Investors als auch der Deutschen Bahn vorgestellt. Die DB will danach ihre Bahnsteige ertüchtigen.

Ergibt sich hier eine Möglichkeit zukünftig die Südstadt barrierefrei zu erreichen?

Das wollte DIE LINKE im Rat wissen.

Zur Erinnerung: Der Rat hat am 1.3. 2021 grundsätzlich beschlossen, dass sich die Stadt mit 20% an den derzeit geschätzten Baukosten, max. 500.000 Euro, beteiligt und den hindernisfreien Zugang in den Gesprächen mit der Deutschen Bahn-Station und Service weiterverfolgt.

Die Stadt antwortete, dass es mit dem Investor des Bahnhofgebäudes keine vertraglichen Regelungen für einen barrierefreien Zugang zur Südstadt getroffen worden seien. Mit der Deutschen Bahn sei eine vertragliche Vereinbarung hinsichtlich Planung und Bauförderung in Vorbereitung. Diese könne jedoch erst abgeschlossen werden, wenn die Finanzierung geklärt sei. Es gäbe vielversprechende Gespräche mit unterschiedlichen Fördergebern.

Es bleibt also zu hoffen, dass die Gespräche zu einem baldigen Ende kommen, damit Menschen ohne Umwege in die Südstadt gelangen können.

Ebenso bleibt zu hoffen, dass die Verwaltung dann auch Mitarbeiter*innen für dieses Projekt hat.

2018 gingen Fördermittel für einen Aufzug verloren, da die Verwaltung keine Mitarbeiter*innen hatte, um die Kosten für einen Aufzug vom Hauptbahnhof in die Südstadt abzuschätzen.

Sie warten schon lang genug.



Lang hat es gedauert und ist noch lange nicht fertig ... Sitzgelegenheiten in der Elberfelder Innenstadt

Die ersten goldenen Bänke in der Herzogstraße sind aufgestellt. Sie werden von den Passant*innen gerne für eine Pause angenommen.

Auch das Design findet Anklang. Vielen fällt positiv auf, dass die neuen Bänke keine Metallspitzen auf der Sitzfläche haben.

„Sleep Stops“ werden diese Metallecken genannt. Durch sie soll verhindert werden, dass Obdachlose dort die Nächte verbringen. Für Menschen, die auf der Straße leben müssen, sind die „Sleep Stops“ ein Zeichen der Ausgrenzung. Dies wird auch von vielen Wuppertaler*innen wahrgenommen. Es ist nicht störend, dass dort Menschen schlafen, es ist grausam, dass Menschen darauf angewiesen sind, dort liegen zu müssen.



Schon lange haben Besucher*innen der Innenstadt fehlende Sitzgelegenheiten bemängelt. Bequeme Sitzgelegenheiten steigern nicht nur für ältere oder eingeschränkte Menschen die Lebensqualität, sondern schaffen auch eine Nutzung der Fußgänger*innenzonen abseits des Konsums, ohne Verzehrwang.

Jetzt fehlen noch die Bänke auf dem Von der Heydt-Platz. Die sollen Anfang 2023 installiert werden.

Es ist zu hoffen, dass dann der durch die Neugestaltung trostlos grau erscheinende Platz mehr Lebendigkeit erfährt.

DIE LINKE im Rat fordert auskömmliche und nachhaltige Finanzierung des ÖPNV

Nicht nur die privaten Haushalte brauchen in der momentanen Energiekrise Unterstützung. Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gelangt immer mehr in finanzielle Schieflage.

Der Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) geht deshalb davon aus, dass sich für das Jahr 2022 im gesamten Gebiet des VRR eine Finanzierungslücke von rd. 119 Mio. Euro im Schienen Personennahverkehr ergibt. Für das Jahr 2023 wird ein Fehlbetrag von 203 Mio. Euro erwartet. Die Finanzierung des heutigen Stands ist durch die derzeit vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht mehr sichergestellt.

Bei der Berechnung des Haushaltsplanentwurfs im vergangenen Jahr musste wieder mit einem Verlust in Bereich der Verkehrsparte der Wuppertaler Stadtwerke

(WSW) ausgegangen werden. Bisher konnten die Verluste beim ÖPNV durch die Querfinanzierung aus dem Bereich Energie ausgeglichen werden. Dies war im letzten Jahr nicht mehr der Fall. Die Stadt hätte zur Finanzierung der Verluste einspringen müssen. Zwischenzeitlich hat sich eine leichte Verbesserung eingestellt. Das bisher nur Verluste einfahrende Steinkohlekraftwerk in Wilhelmshaven, an dem die WSW beteiligt sind, macht aufgrund der Energiekrise Gewinne durch Verbrennen des fossilen Energieträgers. Ob es aber dabei bleibt ist ungewiss, denn angesichts des menschengemachten Klimawandels wäre auch hier ein Ausstieg wichtig.

Stadt und die WSW brauchen Unterstützung von Bund und Land, um den ÖPNV auskömmlich und nachhaltig zu finanzieren.

Die große Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket zeigt den Wunsch vieler Menschen nach einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität.

Die drei Monate des 9-Euro-Tickets haben aber auch die Schwachstellen im ÖPNV aufgezeigt. Bahn- und Buslinien müssen erhalten bleiben, es braucht mehr Personal, eine verbesserte Infrastruktur und mehr und besser ausgestattete Fahrzeuge.

Es braucht mehr Geld, damit der ÖPNV für die Wuppertaler*innen verbessert wird.

Aus diesem Grund ist es selbstverständlich, dass DIE LINKE im Rat von Bund- und Landesregierung die auskömmliche und nachhaltige Finanzierung des ÖPNV fordert.



Gartenschauen sind ein unkalkulierbares Finanzrisiko



Ein weiterer Schritt hin zur Bundesgartenschau 2031 in Wuppertal:

Die Ratsmehrheit hat den Verträgen zwischen Stadt und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft zugestimmt. Jetzt müssen sie noch unterschrieben werden.

DIE LINKE hat schon dem Grundsatzbeschluss zur BUGA-Bewerbung nicht zugestimmt und hat auch diese Verhandlungsgrundlagen abgelehnt und warnt vehement vor der Vertragsunterschrift.

Das finanzielle Risiko für den Wuppertaler Haushalt ist zu groß. Und es wird immer größer und unkalkulierbarer. Baupreise und Materialkosten steigen, weil die Energiepreise steigen und es ist klar, dass mit dem veranschlagten Eigenanteil der Stadt von 70 Mio. Euro niemand auskommen wird.

Schon im Herbst des vergangenen Jahres warnte der ehemalige Kämmerer Johannes Slawig vor dem Leuchtturmprojekt, das den Haushalt belastet.

Finger von den BUGA-Verträgen! **X**

In Rostock wurde die Reißleine gezogen und die Teilnahme an der Bundesgartenschau 2025 abgesagt. Aufgrund veränderter Bedingungen durch Corona und den Krieg gegen die Ukraine können die Projekte der Buga nicht rechtzeitig realisiert werden und sind zudem mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden, erläuterte der Rostocker Oberbürgermeister.

Es gab die Überlegung, dass Erfurt, welches die diesjährige BuGa ausgerichtet hat, für Rostock einspringen könnte, dies wurde im Erfurter Rat mit knapper Mehrheit abgelehnt. Nun hat Schweinfurt die Ausrichtung einer Landesgartenschau 2026 abgesagt.

„Die Inflation, die explodierenden Baupreise und die veränderte Situation durch den seit acht Monaten andauernden Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dazu kommt ein seit 2019 andauernder gravierender Rückgang der

Gewerbsteuer, der Haupteinnahmequelle der Stadt“, erklärte der Oberbürgermeister Schweinfurts. Alles Gründe, die strukturell auch auf Wuppertal zutreffen.

Sind die Verträge zwischen Stadt und BuGa-Gesellschaft erst unterschrieben, wird das Ziehen der Reißleine insgesamt 4,2 Millionen Euro kosten. Die sind an die BuGa-Gesellschaft zu zahlen, auch wenn die benannten Entwicklungen einen Abbruch des Leuchtturmprojekts erzwingen.

DIE LINKE rät deshalb nochmals ab, die BUGA-Verträge zu unterzeichnen. Es gibt genug andere Baustellen, an denen die Stadt Geld anlegen müsste; z. B. die Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule.

DIE LINKE lehnt Gründung der Wuppertaler Gartenschau-Gesellschaft ab **X**

Der Wirtschaftsplan der Gesellschaft geht von unseriösen Annahmen aus.

Dafür Beispiele:

● Da werden bis 2027 schon 17 Volle Stellen bei der BUGA-Gesellschaft angekündigt, finanziert durch die Stadt, denn über andere Mittel verfügt die BUGA-Gesellschaft erst mal nicht. Diese Stellen könnte man auch gut im Bauamt oder im Kindergarten bezahlen. Zudem steht im Kleingedruckten, dass das Personal aus der Stadtverwaltung, das mit BUGA-Aufgaben aus dem regulären Betrieb abgestellt werden muss, nicht von der BUGA-Gesellschaft bezahlt, aber bei den städtischen Bauplanungen fehlen wird.

● Da werden schon jetzt im Investitionsplan wie schon damals am Döppersberg die Kosten heruntergerechnet: Für Grundstückskäufe setzt man ab dem kommenden Jahr 300 000 Euro an – jährlich. Ein Gutteil der Flächen muss man bei einem stadtbekanntem Immobilienbesitzer erwerben. Es bleibt abzuwarten, ob Herr Cless sich damit zufrieden gibt. Es handelt sich laut Wirtschaftsplan nur um einen „MERKPOSTEN“, „da sich die Grundstückskäufe aktuell nicht kalkulieren lassen“.

● In der Auseinandersetzung um das Bürgerbegehren, wurden immer wieder Förderquoten von 70 oder gar 90% in Aussicht gestellt. Jetzt wird nur noch von einer Förderquote von 50% ausgegangen. Man wird sich also nur mehr eine bescheidene BUGA leisten können – weniger Zuschüsse heißt: weniger Transformation. ●



DIE LINKE.

Kreisverband Wuppertal



Anzeige

Ausgabe Nr. 55 | November 2022

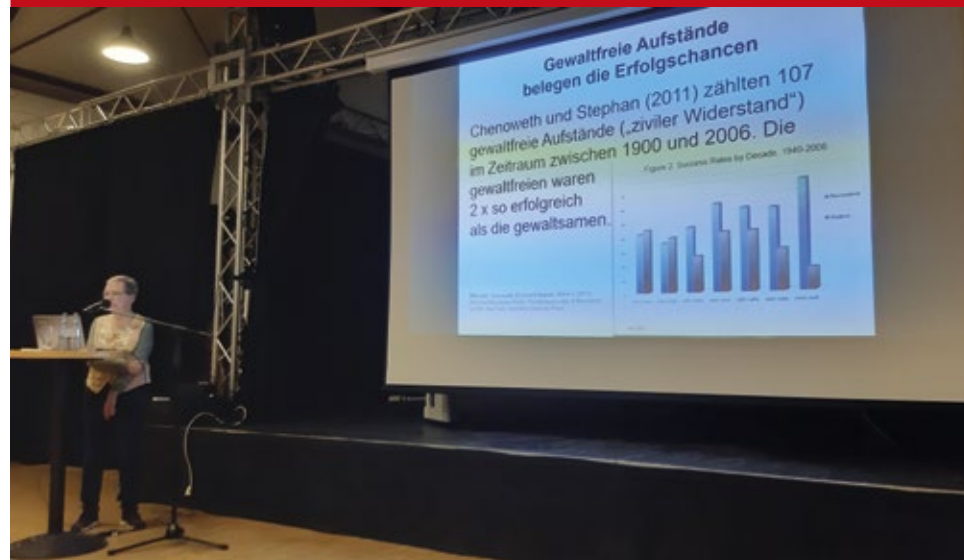
Energiekrise und soziale Proteste DIE LINKE Wuppertal im Gespräch mit Bürger*innen

Wegen der Preisexplosionen bei Strom, Gas, Fernwärme und Lebensmitteln wächst der Unmut über die Ampel-Regierung. Sie unternimmt seit Monaten zu wenig gegen Verarmung, während Energiekonzerne enorme Krisengewinne einstecken.

Auch unser Kreisverband begrüßt, dass die Parteispitze zu einem „heißen Herbst sozialer Proteste“ aufgerufen hat. Jeden Samstag ab 10:30 Uhr abwechselnd

in Elberfeld und Barmen informieren wir über unsere Forderungen: **Energiepreisdeckel, Verbot von Strom- und Gassperren, sozial ausgewogene Entlastungen, Heizkostenzuschuss und Umweltticket. Themen sind auch die Übergewinnsteuer, die Umstellung auf nachhaltige Energien und unsere Ablehnung der massiven militärischen Aufrüstung.** Die jüngste Debatte zeigt, dass die Proteste wirken und wir mobilisieren daher weiterhin! ●

Soziale Verteidigung – Alternative oder Utopie?



In ihrem Vortrag erläuterte Dr. Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung) an historischen Beispielen, wie soziale Verteidigung ohne Waffengewalt zum Erfolg führen kann. Diese Veranstaltung der FÄRBERE! am 17.10. gelang in Kooperation mit der Armin T. Wegner Gesellschaft und dem Friedensforum Wuppertal.

Soziale Verteidigung nennt man die Abwehr eines militärischen Angriffs oder eines Putsches mittels gewaltfreier Aktion, zivilem Widerstand und Nicht-Zusammenarbeit.

Hunderte Beispiele zeigen auf, wie Diktaturen gestürzt, Kolonialregimes beendet und

Misstände beseitigt wurden. Aus deutscher Geschichte bekannt ist der Widerstand gegen die Ruhrbesetzung durch Truppen Frankreichs ab 1923. Auch der Kapp-Putsch 1920 scheiterte an Amtsverweigerung und am größten deutschen Generalstreik. Beispiel ist auch die Wiedervereinigung 1990. Eine globale Untersuchung 1900 bis 2006 belegt, dass die 107 gewaltfreien Aufstände doppelt so oft erfolgreich waren, wie die gewaltsamen. Wieviel erfolgreicher wäre der zivile Widerstand wohl, wenn Staaten ihre Bevölkerung darin ebenso schulen, wie in Militärtechnik. ●

Solidarischer Herbst

DIE LINKE unterstützt die Proteste von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Umweltinitiativen, die am 22. 10. mit bundesweiten Demonstrationen ihren Auftakt nahmen. „Für Millionen Menschen braucht es in dieser Krise verlässliche Entlastungen und soziale Sicherheit, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Gleichzeitig drohen die langfristigen Klima- und Umweltkrisen ins Hintertreffen zu geraten. Wir können es uns nicht leisten, Investitionen aufzuschieben, die uns endlich unabhängig machen von fossilen Energien“ heißt es im Aufruf, dem 24000 Menschen folgten.

Statt 100 Mrd. Sonderkredite und dauerhaft 2% des Sozialproduktes für Aufrüstung brauchen wir spürbare Entlastungen und den dringenden Umbau auf erneuerbare Quellen. Die Mineralölkonzerne haben im ersten Halbjahr 2022 weltweit 430 Mrd. Dollar mehr Gewinn gemacht, im Vergleich zu 2021.

Europa kann Gas- und Strompreise deckeln. Frankreich, Spanien, Portugal, Norwegen, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Belgien machen es vor. Stattdessen subventioniert Deutschland die fossilen Energien mit neuen Schulden. Das spaltet die EU und füllt die Taschen der Energiekonzerne. Von den horrenden Weltmarktpreisen profitieren Diktaturen, die gerade völkerrechts-



widrige Kriege damit finanzieren, wie Saudi Arabien, Aserbaidschan und natürlich Putin. Wir fordern:

- 1. Menschen entlasten**
Sozialer Klimabonus von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt). Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Grundverbrauch an Strom und Gas, Vielverbrauch wird teurer.
- 2. Konzerne und Superreiche besteuern**
Eine Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen ist nötig, sowie die Abschöpfung der kriegs- und krisenbedingten Übergewinne der Konzerne. Diese würde in Deutschland 100 Mrd. einbringen.
- 3. Preise deckeln**
Auf den Strompreis an den Börsen muss ein Deckel. Gaskraftwerke mit höheren Kosten erhalten einen Ausgleich.
- 4. Klima- und Verkehrswende**
Es müssen endlich die Weichen für eine soziale und ökologische Verkehrs- und Energiewende gestellt werden. Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei, Bus und Bahn bauen wir aus!
Wind- und Solarkraft müssen in kommunaler Hand rasant ausgebaut werden. Während ein Flüssiggas-Terminal im Wattengebiet Hals über Kopf gebaut wurde, sind 2022 in NRW weniger Windräder genehmigt worden als im gleichen Zeitraum 2021. ●

